



Bundshaushalt 2026: Zwischen Investitionsoffensive und Finanzierungsfragen

Michael Fiedler

Mehr Investitionen, weniger Bürokratie und neue Impulse für Wachstum: Das Reformpaket der Bundesregierung stößt in Wirtschaft und Finanzbranche überwiegend auf Zustimmung. Gleichzeitig mehren sich Hinweise, dass der Bundshaushalt langfristig unter erheblichen Finanzierungsdruck geraten könnte.

Reformpaket setzt auf Wachstum und Investitionen

Mit dem Beschluss des Bundshaushalts und des Wachstumspakets will die Bundesregierung Investitionen beschleunigen und die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs bringen. Geplant sind unter anderem steuerliche Entlastungen, Bürokratieabbau, Investitionen in Infrastruktur und Verteidigung sowie Maßnahmen zur Digitalisierung. Aus Sicht vieler Wirtschaftsverbände enthält das Paket wichtige Reformansätze. Der Bundesverband Deutscher Versicherungskaufleute (BVK) begrüßt insbesondere die geplante Rentenreform, den Abbau bürokratischer Belastungen sowie steuerliche Entlastungen. Bitkom sieht in der stärkeren Berücksichtigung von Digitalisierung, Künstlicher Intelligenz und Datenschutzvereinfachungen ein wichtiges Signal für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) bewertet vor allem die wohnungs- und finanzierungspolitischen Maßnahmen positiv, fordert

aber weitergehende steuerliche Entlastungen ([experten.de berichtete](https://www.experten.de/berichte/)).

ifo sieht Verschiebungen innerhalb des Haushalts

Während die grundsätzliche Stoßrichtung überwiegend Zustimmung findet, übt das ifo Institut Kritik an der Finanzierung einzelner Investitionen. Nach einer ersten Analyse würden Infrastrukturmaßnahmen teilweise aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität in den verteidigungsbezogenen Haushalt verschoben. Betroffen seien unter anderem Investitionen in Straßen- und Schienenprojekte im Umfang von rund 4,2 Milliarden Euro. Nach Berechnungen des ifo Instituts würde ohne diese Umbuchung die gesetzlich vorgesehene Investitionsquote von zehn Prozent im Kernhaushalt knapp verfehlt werden. ifo-Präsident Clemens Fuest spricht deshalb von einer Konstruktion, die notwendig werde, weil der Staat bislang zu wenig konsumtive Ausgaben zurückfahre und Investitionen erhöhe. Die Bundesregierung begründet die

Zuordnung damit, dass es sich um verteidigungsrelevante Verkehrsinvestitionen handele.

Bundesrechnungshof mahnt langfristige Tragfähigkeit an

Bereits vor Vorlage des Haushalts hatte der Bundesrechnungshof grundsätzlich auf die zunehmende Belastung des Bundeshaushalts hingewiesen. In einem Bericht vom Juni entwickelt die Behörde erstmals einen eigenen Belastungsindikator für die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung. Danach erreiche die Belastung des Bundes durch Rentenzahlungen ein historisch bislang nicht gekanntes Niveau. Der finanzielle Spielraum des Bundes werde kleiner; notwendige Investitionen könnten dadurch unterbleiben oder zusätzliche Schulden erforderlich machen. Nach den Berechnungen des Rechnungshofs könnte bereits Anfang der 2030er Jahre rechnerisch mehr als ein Drittel der Steuereinnahmen des Bundes auf die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung entfallen. Der Rechnungshof fordert deshalb, künftige Rentenreformen stärker unter dem Gesichtspunkt der Belastbarkeit des Bundeshaushalts zu bewerten.

Versicherungswirtschaft sieht Chancen für die private Vorsorge

Für die Versicherungsbranche steht vor allem die angekündigte Rentenreform im Mittelpunkt. Der BVK sieht darin eine wichtige Voraussetzung, um private und betriebliche Altersvorsorge weiter zu stärken. Persönliche Beratung bleibe dabei ein wesentlicher Baustein der Alterssicherung. Auch der BVR verweist darauf, dass eine tragfähige Altersvorsorge künftig nur im Zusammenspiel aus gesetzlicher, betrieblicher und privater Vorsorge gelingen könne.

Jetzt beginnt die eigentliche Umsetzung

Unabhängig von einzelnen Kritikpunkten verbindet nahezu alle Stellungnahmen ein gemeinsamer Tenor: Entscheidend wird sein, ob aus den politischen Ankündigungen nun tatsächlich konkrete Reformen entstehen. Während Bitkom vor einem Zerreden der Beschlüsse warnt und eine schnelle Umsetzung fordert, mahnt der BVR praxistaugliche Lösungen insbesondere für Mittelstand und Wohnungsbau an. Der BVK erwartet vor allem bei Rentenreform und Bürokratieabbau zügige parlamentarische Entscheidungen. Mit dem Bundeshaushalt beginnt damit erst die eigentliche Bewährungsprobe der angekündigten Wachstumsagenda.

Versicherungs- und Finanznachrichten

expertenReport



<https://www.experten.de/id/4950766/Bundeshaushalt-2026-Zwischen-Investitions-offensive-und-Finanzierungsfragen/>